

„Ein Triumph, der erstaunlich bleibt.“

DER SIEG DER ARGENTINISCHEN PRÄSIDENTIN BEI DEN VORWAHLEN

Bei den Vorwahlen zur argentinischen Präsidentschaftswahl hat die amtierende Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner einen deutlichen Sieg davon getragen. Die gegnerischen Kandidaten blieben weit abgeschlagen zurück. Die Klarheit des Ergebnisses überraschte, weil das Regierungslager durch drei verlorene Provinzwahlen in Folge geschwächt schien. Nun bestehen kaum noch Zweifel, dass der Präsidentin am 23. Oktober die Wiederwahl im ersten Wahlgang gelingen wird. Was waren die Gründe für diesen Wahlausgang?

Eigentlich hätten die für alle wahlberechtigten Argentinier verpflichtenden „elecciones primarias“ am 14. August 2011 vor allem der parteiinternen Kandidatenauswahl dienen sollen. Da die insgesamt zehn konkurrierenden Wahlbündnisse aber nur jeweils einen Präsidentschaftskandidaten ins Rennen geschickt hatten, wurden die Vorwahlen zu einer gigantischen „Sonntagsfrage“.

Rund 21 Millionen Argentinier, d.h. fast 78 Prozent der Wahlbevölkerung, taten mit Blick auf den 23. Oktober ihre Wahlabsicht kund. Denn erst dann schlägt die Stunde der Wahrheit, und es werden in allgemeinen Wahlen der Präsident, die Hälfte der nationalen Abgeordneten und ein Drittel der Senatoren neu bestimmt. Außerdem finden an diesem Termin in einer Reihe von Provinzen – darunter in der weitaus bedeutendsten argentinischen Provinz Buenos Aires – Gouverneurs-, Parlaments- und Kommunalwahlen statt.

Das Ergebnis

Die Antwort des befragten Wahlvolks lässt die Voraussage für den Ausgang des Präsidentschaftsrennens nicht mehr schwierig erscheinen. Viel eindeutiger hätte das Ergebnis der „Testwahl“ vom 14. August kaum ausfallen können: Cristina Fernández de Kirchner, Kandidatin der peronistischen Wahlplattform „Frente para la Victoria“ (FPV), bekam die Hälfte aller Stimmen und übertraf damit den magischen Wert von 45 Prozent, der die Wiederwahl im ersten Wahlgang ermöglichen würde, deutlich. Dabei schlug sie ihre nächstplatzierten Herausforderer um Längen. Der Abstand betrug rund 38 Prozentpunkte oder fast acht Millionen Stimmen!

Der linksliberale Ricardo Alfonsín¹ („Unión para el Desarrollo Social“) und der anti-kirchneristische Peronist Eduardo Duhalde² („Unión Popular“) lagen fast gleich auf und kamen jeweils auf einen Wert von knapp über zwölf Prozent. Bis heute ist unter ihnen umstritten, wer den zweiten Platz errungen hat. Weitere Kandidaten mit zahlenmäßig relevanten Ergebnissen waren der bis dahin landesweit nicht übermäßig bekannte, sozialistische Gouverneur der Provinz Santa Fe, Hermes Binner („Frente Amplio Progresista“), der mit rund zehn Prozent der Stimmen einen Achtungserfolg erreichte, sowie – mit einem Stimmenanteil von acht

¹ Ricardo Alfonsín ist der Sohn des argentinischen Präsidenten Raúl Alfonsín, der Argentinien in den Jahren nach dem Ende der Diktatur regierte (Dezember 1983 – Juli 1989). Seine Partei ist die traditionsreiche „Unión Cívica Radical“.

² Eduardo Duhalde war in der schwierigen Phase von Januar 2002 bis Mai 2003 argentinischer Präsident.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

BERND LÖHMANN

30. August 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

Prozent – der zweite antikirchneristische Bewerber aus dem Peronismus, Alberto Rodríguez Saá („Compromiso Federal“), Gouverneur der Provinz San Luis. Enttäuschende drei Prozent der Stimmen fielen auf Elisa Carrió, die für die liberale Coalición Cívica antrat. Bei den Präsidentschaftswahlen 2007 war sie mit fast 23 Prozent noch die Zweitplatzierte hinter Cristina Fernández de Kirchner gewesen.

Der Vorwahl-Sieg der aktuellen Präsidentin war auch geographisch ein fast vollständiger. Mit Ausnahme der Provinz San Luis erhielt sie in allen 24 föderalen Distrikten Argentiniens die Mehrheit der Stimmen. Provinzen wie Santa Fe, Córdoba und Mendoza, die in der Vergangenheit nicht zu ihren Gunsten abgestimmt hatten, gewann sie hinzu. Selbst in der traditionell antiperonistisch eingestellten Hauptstadt Buenos Aires konnte sie die meisten Stimmen auf sich vereinen. Überhaupt gelang es ihr erstmals, die Bevölkerung in den großen Städten für sich einzunehmen. Nur in der drittgrößten Stadt des Landes, Rosario, behielt der sozialistische Kandidat Hermes Binner die Oberhand.

Nicht allein ärmere Bevölkerungsgruppen, sondern auch mehr und mehr die Mittelschicht in den Vororten und sogar Angehörige der reichen Oberschicht in den eleganten Stadtvierteln und „Country Clubs“ entschieden sich in beachtlichem Umfang für die aktuelle Präsidentin. Ebenfalls stimmten die zahlreichen Erst- und Zweitwähler in ihrer großen Mehrheit für Cristina Fernández de Kirchner. Selbst der „Campo“ – Agrarproduzenten und ländliche Bevölkerungsteile, die 2008 mit der Regierung Kirchner einen erbitterten Streit über Exportsteuererhöhungen für Soja ausgetragen hatten – hat in den Vorwahlen zumindest teilweise seine schroffe oppositionelle Haltung aufgegeben.³

³ Es scheint so zu sein, dass die Agrarproduzenten ihre regierungskritische Haltung beibehalten haben. Die dörfliche Bevölkerung wie Händler oder Landarbeiter haben sich in Teilen offenbar für die Präsidentin entschieden.

In den Tagen nach der Wahl häuften sich die Beschwerden, dass es im Wahlgang zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein soll. Inzwischen bestätigte ein Bundesrichter, dass es „sehr große Fehler“ gegeben habe. Eine Reihe von Abgeordneten haben Anzeigen eingereicht. Noch spricht niemand von Wahlfälschung. Welches Ausmaß die „Fehler“ haben und ob sie wirklich tiefgehend untersucht werden, lässt sich noch nicht übersehen.

Ein derartig herausragendes Ergebnis hatten selbst die treuesten Anhänger der Präsidentin nicht erwartet. Umfrageinstitute hatten ihren Stimmenanteil seit Monaten bei ebenfalls günstigen 41 bis 46 Prozent gesehen. Im Gegensatz dazu waren die Werte ihrer wichtigsten politischen Gegner Duhalde und Alfonsín nie über 20 Prozent angestiegen, sondern hatten sich die meiste Zeit weit darunter bewegt. Offenbar hofften beide Kandidaten darauf, dass sich einer von ihnen bei den Vorwahlen am 14. August deutlich vom anderen absetzen würde und dann die Möglichkeit hätte, sich bis zum 23. Oktober als eigentlicher Herausforderer der Präsidentin profilieren zu können. Mit mindestens sechs Prozent Stimmenzuwachs war für diesen Fall gerechnet worden. Die herbe Enttäuschung über den Wahlausgang lag somit nicht nur im riesigen Vorsprung Cristina Fernández de Kirchners oder im allzu bescheidenen eigenen Abschneiden, sondern auch darin, dass die Wähler keinem von beiden den Vorzug gaben.

Zum argentinischen Präsidenten ist im ersten Wahlgang gewählt, wer 45 Prozent der Stimmen erreicht. Unter der Voraussetzung, dass der Abstand zum Zweitplatzierten mehr als 10 Prozent beträgt, genügt allerdings bereits ein Stimmenanteil von 40 Prozent. In Anbetracht der Umfrageergebnisse war von vornherein kaum zu erwarten gewesen, dass ein Bewerber aus der Opposition bei den Wahlen nah genug an die Amtsinhaberin herankommen würde. Vielmehr hatte man sich ausgerechnet, dass es vielleicht noch gelingen könnte, die Präsidentin im ersten Wahlgang unter die 40 Prozentgrenze zu ziehen und damit – unabhängig vom Stimmenanteil des Zweitplatzierten – eine Stichwahl zu erzwingen. Innerhalb dieses

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

BERND LÖHMANN

30. August 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

strategischen Ansatzes schien sich sogar der große Nachteil eines allzu breiten oppositionellen Spektrums von neun Gegenkandidaturen in einen Vorzug zu verwandeln: Man sann – am Ende vergeblich – darauf, der Präsidentin von vielen Seiten aus Wählergruppen abspenstig zu machen.

Die Diskrepanz zwischen öffentlicher und veröffentlichter Meinung

Am 14. August 2011 wurde deutlich: Die Hoffnung der oppositionellen Gruppen auf eine auf unter 40 Prozent schwächelnde Präsidentin trog gewaltig. Die spätestens seit dem Tod ihres Mannes und Amtsvorgängers Néstor Kirchner durchgehend gemessenen, überaus hohen positiven Image- und Zustimmungswerte bestätigten sich. Dagegen entsprach das Meinungsbild in der Berichterstattung und den Kommentarspalten, insbesondere der großen Zeitungen, nicht den realen Verhältnissen, sondern ließ einen kurzfristig eingetretenen Stimmungswandel zu Ungunsten der Präsidentin möglich erscheinen.

Wie auch die deutschsprachigen Korrespondentenberichte zeigen, entbehrten die Analysen der aktuellen Geschehnisse in den wichtigsten argentinischen Medien gerade für auswärtige Beobachter nicht der Plausibilität.⁴ Ohne Zweifel hätten die bekannt gewordenen Skandale und Fehlleistungen der letzten Wochen und Monate anderswo leicht zu einem Stimmungswandel führen können. Doch gibt es offenbar eigene, argentinische Maßstäbe seit den traumatischen Jahren nach 2001/2002, als das Land ökonomisch und politisch ins Chaos stürzte und Millionen Menschen ihre Ersparnisse und ihre Arbeit verloren. Stabilität hat nachvollziehbarerweise einen überragenden Stellenwert.

In der Tat hatten die Präsidentin und ihre Regierung zuletzt mit einer Reihe von Widrigkeiten zu kämpfen: Ein Korruptionsskandal bei den „Madres de Plaza de Mayo“, bei

dem wahrscheinlich Regierungsgelder in mehrstelliger Millionenhöhe veruntreut worden sind, wirkte nach. Die Traditionsfußballmannschaft „River Plate“ stieg in die zweite Liga ab und die frustrierten Anhänger verwüsteten nach dem entscheidenden Spiel ganze Straßenzüge. Dabei war es nach Medienangaben die Präsidentin selbst, die sich dafür eingesetzt hatte, dass das Spiel trotz der vorausgesagten Ausschreitungen vor Publikum stattfand. In der Folge ergriff die Regierung die Initiative, die erste und zweite argentinische Fußball-Liga zusammenzulegen, weil neben River noch drei weitere publikumsträchtige Mannschaften als Zweitligisten spielen, aber das staatliche Fernsehprogramm „Fútbol para todos“ („Fußball für alle“) nur über die Übertragungsrechte der ersten Liga verfügt. Erst nachdem sich massiver öffentlicher Widerstand formiert hatte, ließ man vorerst von dem Projekt ab. Hinzu kam der Skandal um einen als kirchnernah geltenden Richter des Obersten Gerichtshofs, der einräumen musste, dass – ohne sein Wissen, wie er versicherte – in fünf seiner Mietobjekte Prostitution stattfand. Die Frage eines Rücktritts beschäftigte die Medien über Tage hinweg.

Viel wurde in den Medien über den Zustand des Peronismus nachgedacht. Ende Juli hatte die Präsidentin bei der Zusammenstellung der peronistischen Wahllisten massiven Einfluss ausgeübt und vor allen den Vertretern der ultrakirchneristischen Jugendorganisation „La Cámpora“ viel Raum gegeben. Dies gab Anlass zu der Spekulation, dass sich der traditionelle Peronismus vielleicht in letzter Minute doch noch von der Präsidentin abwenden würde oder zumindest bei den Vorwahlen ein Zeichen des Unmuts setzen könnte.

An weiteren Anhaltspunkten fehlte es nicht: So trat der Senator von La Pampa, Carlos Verna, von seiner Absicht zurück, das Gouverneursamt der Provinz anzustreben, als seine Kandidatenwünsche zu wenig Berücksichtigung fanden. Dem ebenfalls zur Wiederwahl anstehenden Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Daniel Scioli, nötigte die Präsidentin sogar den Anwärter auf das Amt des Vizegouverneurs auf. Dabei war die

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2. August 2011: „Wahlen und andere Widrigkeiten – Für Cristina Fernández de Kirchner läuft es derzeit nicht gut“; Neue Zürcher Zeitung, 3. August 2011: „Oppositionssieg in Buenos Aires – Test für die Präsidentschaftswahl“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

BERND LÖHMANN

30. August 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

Neuigkeit nicht, dass die Kandidatenaufstellung aus dem Präsidentenpalast gesteuert wurde, sondern der rigorose, mitunter als selbstherrlich bezeichnete Stil, mit dem dies geschah. Früher hatte man beispielsweise die mächtigen Territorialfürsten in den Bürgermeisterämtern der Vorstädte von Buenos Aires höflich empfangen und ihnen wenigstens das Gefühl der Mitsprache vermittelt.

Bislang ist der Kirchnerismus nicht überall in Argentinien die allein bestimmende Kraft innerhalb des Peronismus. Deswegen war es eine machtpolitisch spannende Frage, inwieweit sich die Kandidaten der Präsidentin bei den Wahlen in den wählerstarken föderalen Einheiten der Stadt Buenos Aires, Santa Fe und Córdoba durchsetzen würden.

Die Wahlen in der Stadt Buenos Aires, Santa Fe und Córdoba

Dem ersten nationalen Kräftemessen bei den Primärwahlen am 14. August gingen drei bedeutende Provinzwahlen⁵ unmittelbar voraus. Zwar erfüllte sich der Wunsch der Opposition, dass sie für das Regierungslager nicht erfolgreich verlaufen würden, doch führten die Resultate nicht zum erhofften Stimmungsumschwung auf nationaler Ebene. Am Ende konnte man den Eindruck gewinnen, dass sich die Wahlergebnisse widersprachen.

In der Hauptstadt Buenos Aires fand am 10. Juli der erste Wahlgang zur Besetzung des Bürgermeisteramtes („Jefe de Gobierno“) statt. Mit unerwartet hohen 47 Prozent setzte sich der amtierende Bürgermeister Mauricio Macri, Kandidat der regierungskritischen Mitte-Partei PRO, an die Spitze der Bewerber. Die nächstplatzierten Kandidaten waren – mit fast 20 Prozentpunkten Abstand – der von der Präsidentin selbst er-

5 Insgesamt repräsentieren die drei Provinzen knapp über ein Viertel der Wahlbevölkerung (25,74 Prozent). In Córdoba, dem zweitgrößten Wahlbezirk des Landes, leben 8,66 Prozent der Wähler, knapp gefolgt von der Stadt Buenos Aires mit 8,26 Prozent und Santa Fe mit 8,46 Prozent. Über das weitaus größte Wählerpotential verfügt die Provinz Buenos Aires mit 37,52 Prozent. Die Wahlen in der Provinz Buenos Aires finden gemeinsam mit den Präsidentschaftswahlen am 23. Oktober 2011 statt.

nannte Bewerber der „Frente para la Victoria“, Senator Daniel Filmus (27,8 Prozent), sowie der ehemalige Regisseur Fernando „Pino“ Solanas (12,8 Prozent), der für den linken „Proyecto Sur“ angetreten war. Beindruckt hatte darüber hinaus, dass PRO in allen 15 Bezirken der Hauptstadt erfolgreich gewesen war – selbst in den ärmeren Vierteln.⁶ Nur drei Prozent der Stimmen fehlten Macri, um im ersten Wahlgang zu gewinnen.⁷ Dennoch entschied die Präsidentin, ihren Kandidaten erneut antreten zu lassen. In der Stichwahl am 31. Juli konnte Mauricio Macri seinen Wahltriumph ausbauen und erreichte beeindruckende 64,25 Prozent der Stimmen. Sein Herausforderer aus dem Kirchnerismus kam auf 35,75 Prozent.

Zwei Wochen später, am 24. Juli, wurden in der Provinz Santa Fe ein neuer Gouverneur sowie 50 Provinzabgeordnete und 19 Senatoren gewählt. Nicht der Umstand, dass es die regierende sozialistische Partei schaffte, ihren Kandidaten für das Gouverneursamt, Antonio Bonfatti (38,7 Prozent), durchzusetzen, erregte Aufmerksamkeit.⁸ Das Erstaunliche an den Wahlen schien darin zu liegen, dass es der kirchneristische Bewerber Agustín Rossi mit 22,2 Prozent nur als Dritter über die Ziellinie schaffte und das schlechteste Ergebnis in der Geschichte der peronistischen Partei von Santa Fe einfuhr. Zweiter wurde Miguel Del Sel (35,2 Prozent), ein landesweit bekannter Unterhaltungskünstler, der für die Partei Mauricio Macris, PRO, ins Rennen gegangen war. Als Erklärung für dessen gutes Abschneiden bot sich an, dass die Anhängerschaft der peronistischen Partei in der stark vom Agrarstreit des „Campo“ betroffenen Provinz San-

6 Die Anzahl der Abgeordneten im Stadtparlament („Legislatura“) konnte PRO von 24 auf 26 erhöhen. Künftig werden zusätzlich 13 Abgeordnete der FPV, 11 Abgeordnete des „Proyecto Sur“, 5 Abgeordnete der „Coalición Cívica“, 2 Abgeordnete des „Bloque Peronista“ und 1 Abgeordneter der „Unión Federal“ in der Legislatur von Buenos Aires vertreten sein. PRO hat demnach keine eigene Mehrheit, sondern ist auf die Kooperation mit anderen Kräften angewiesen.

7 Hierin unterscheidet sich die Stadt Buenos Aires von der Nation: In Buenos Aires sind 50 Prozent der Stimmen auch im ersten Wahlgang Voraussetzung für einen Sieg.

8 In Santa Fe reicht die Mehrheit der Stimmen für die Wahl zum Gouverneur. Eine Stichwahl gibt es nicht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

BERND LÖHMANN

30. August 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

ta Fe dem Kirchner-Kandidaten Rossi teilweise nicht folgen mochte und in Del Sel eine Alternative fand. Medial herausgestellt wurde, dass 78 Prozent der Santafecinos bei der Gouverneurswahl antikirchneristisch gestimmt hatten.

Weniger Beachtung fand hingegen, dass die von der moderaten María Eugenia Bielsa angeführte Liste der FPV mit 34,67 Prozent der Stimmen die Parlamentswahlen gewann. Die „Frente Progresista Cívico y Social“ (FPCS), ein Bündnis der Sozialisten mit der Radikalen Partei (UCR), kam mit 32,86 Prozent der Stimmen auf Platz zwei.⁹ Im Senat erhielt die FPV mit 11 zu 8 Sitzen die Mehrheit.

Auch das Ergebnis der Gouverneurs- und Parlamentswahlen in der zweitgrößten argentinischen Provinz Córdoba ließ sich im Sinne eines antikirchneristischen Stimmungswandels interpretieren. Im Dreikampf um das Gouverneursamt setzte sich der peronistische Kandidat, José Manuel De la Sota (42,6 Prozent), überraschend deutlich gegen Luis Juez von der Regionalpartei „Frente Cívico“ (29,49 Prozent) und den radikalen Kandidaten, Oscar Aguad (22,94 Prozent), durch. Im Abgeordnetenhaus konnte die peronistische Partei ihre Vormachtstellung ausbauen.¹⁰

1999 und 2003 war De la Sota bereits zweimal zum Regierungschef der Provinz Córdoba gewählt worden. 2007 übergab er das Amt seinem Parteifreund, dem gegenwärtigen Gouverneur Juan Schiaretti. Im Wahlkampf für die Gouverneurswahlen 2011 hatte sich De la Sota selbstbewusst und unabhängig gezeigt. Gegen den ausdrücklichen Willen der Casa Rosada bestimmte er

beispielsweise Alicia Pregno – sie hatte 2008 im Konflikt mit dem „Campo“ klar gegen die nationale Regierung Partei ergriffen – zur Anwärterin für den Posten der Vize-Regierungschefin. Manche sahen es bereits als Niederlage der nationalen Regierung an, dass es ihr danach nicht mehr gelang, einen eigenen Gouverneurskandidaten für Córdoba in Stellung zu bringen. Nach der Wahl stellten Sprecher der Casa Rosada die Sachlage anders da: Der Verzicht auf eine eigene Kandidatur in der Provinz Córdoba habe den Sieg De la Sotas ermöglichen sollen, was auch geschehen sei.

Trotz der versuchten Annäherung durch die nationale Regierung ließ sich De la Sota nicht erweichen und lehnte es ab, zu den nationalen Vorwahlen am 14. August mit einer gemeinsamen peronistischen Liste für das Abgeordnetenhaus anzutreten. Außerdem stellte er es seinen Anhängern frei, unter den peronistischen Kandidaten auszuwählen und für Cristina Fernández de Kirchner, Eduardo Duhalde oder Alberto Rodríguez Saá abzustimmen.

Medien sahen in den Entscheidungen De la Sotas klare Zeichen einer Distanzierung von der Regierung mit der Absicht, sich für die Präsidentschaftswahlen 2015 selbst ins Spiel zu bringen. Auch wurde betont, dass sich der Bruch zwischen dem traditionellen Peronismus und dem Kirchnerismus immer deutlicher abzeichne. Dieser zeige sich darüber hinaus auch in der regierungskritischen Haltung der Senatoren Carlos Verna und Carlos Reutemann sowie bei den Gouverneuren Juan Manuel Urtubey (Salta) und Daniel Scioli (Provinz Buenos Aires), die aus taktischen, nicht aus ideologischen Gründen an der Seite der nationalen Regierung geblieben seien.

Die Gründe für den Testwahlsieg

Seit dem 14. August ist klar: Die unter vielen Aspekten als antikirchneristische Voten gelesenen Wahlen in den drei großen Provinzen haben das Blatt auf nationaler Ebene nicht wenden können. Nicht zuletzt in den Zeitungsredaktionen rieb sich mancher nach dem Wahlsonntag die Augen und kommentierte den Ausgang der Testwahl noch Tage

⁹ Die erfolgreichste Liste erhält automatisch die Mehrheit der Sitze (28/50), während die übrigen 22 Sitze nach dem D'Hondt-Verfahren vergeben werden. Die neue Zusammenstellung des Unterhauses von Santa Fe ist die folgende: FPV 28 Sitze; FPCS 15 Sitze; PRO 6 Sitze und „Proyecto Sur“ 1 Sitz.

¹⁰ Die neue Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses gestaltete sich folgendermaßen: Die PJ hat mit 44 von 70 Sitzen die absolute Mehrheit und ist dementsprechend nicht auf die Kooperation der Opposition angewiesen. 12 Sitze gehen jeweils an die UCR und die „Frente Cívico“. Die restlichen beiden Sitze besetzen „Izquierda Unida“ und „Encuentro Vecinal“.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

BERND LÖHMANN

30. August 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

später unter der Überschrift „Un triunfo que sigue asombrando“ („Ein Triumph, der erstaunlich bleibt“).¹¹ Nur langsam wagte man sich an tiefer gehende Analysen.

Optimismus über die wirtschaftliche Lage

An erster Stelle stehen seitdem die wirtschaftlichen Gründe. Argentinien verzeichnet nach nicht immer glaubwürdigen offiziellen Angaben ein Wachstum um die acht Prozent. Die Arbeitslosigkeit wird mit 7,4 Prozent angegeben. Gewiss gibt es zurzeit in der Tat keine tiefgehende Angst um den Arbeitsplatz und das eigene Auskommen. So optimistisch wie heute waren die Argentinier lange nicht! 60 Prozent sagen, dass es ihnen besser geht als vor acht Jahren.

All das schlägt sich im Verbrauchervertrauen nieder, das seit März 2009 um 169 Prozent angestiegen ist. Die Argentinier haben offenbar Geld in den Taschen und geben es mit vollen Händen aus. Insbesondere langfristige Konsumgüter wie Autos, deren Absatz in den ersten sieben Monaten um 29,7 Prozent hochschnellte, erleben eine kaum dagewesene Konjunktur. Besonders in den armen nördlichen Provinzen Argentiniens, Santiago del Estero, Formosa, Corrientes und Chaco, gibt es seit 2009 auch in den Supermärkten einen wahren Verkaufsboom mit Zuwächsen um 80 Prozent. Kritische Stimmen behaupten, dass die Regierung in großem Umfang Geld unter die Leute gebracht und so vor allem arme Bevölkerungsgruppen für sich eingenommen habe. Sicher ist, dass die Renten und die Zahl der Rentenberechtigten während der vergangenen Jahre stark angestiegen sind¹² und Sozialpläne ausgeweitet und neu gestartet wurden. Vier bis fünf Millionen einkommensschwache Familien profitieren inzwischen von diesen staatlichen Beihilfen, ohne dass bislang eine ausreichende Transparenz über die Ausgabe der Mittel besteht.¹³ Of-

fenbar gab es innerhalb dieser Wählergruppen die Befürchtung, die Zuweisungen würden mit einer anderen Regierung ein Ende haben. Man darf wohl annehmen, dass die wahlkämpfende FPV nichts dagegen haben konnte, wenn sich dieser Eindruck festigen würde.

Dass Argentinien nach Angaben privater Institute mit rund 25 Prozent jährlich eine der höchsten Inflationsraten weltweit verzeichnet, besorgt die Menschen. Solange aber die gewerkschaftlich durchgesetzten Lohnerhöhungen um die 30 Prozent betragen, bleibt es bei dem vagen Gefühl, dass es so eigentlich nicht allzu lange weitergehen kann. Ansonsten reagiert man auf die Situation, indem man das Geld möglichst schnell wieder ausgibt. Zukunftssicherung durch die Schaffung finanzieller Rücklagen wird dagegen kaum betrieben.¹⁴ Das Gegenteil trifft zu. Die private Verschuldung zur Finanzierung der Konsumwünsche steigt zurzeit erheblich.

Die insgesamt positive Gesamteinschätzung spiegelt sich auch in Umfragen bei argentinischen Unternehmen wider. Über 65 Prozent bewerten ihre Situation als sehr gut oder gut. Die Hauptgründe werden in den günstigen Außenhandelsbedingungen (56 Prozent) und im Anstieg der Inlandsnachfrage (38 Prozent) gesehen, während die Inflation (59 Prozent) und der staatliche Interventionismus (40 Prozent) von den befragten Unternehmern als vorrangige Probleme genannt werden.¹⁵

Niemand kann bezweifeln, dass die Regierung seit Jahren über einen weltwirtschaftlichen Rückenwind verfügt. Vor allem die extrem gestiegenen Weltmarktpreise für Soja lassen große Geldmengen ins Land fließen. Umstritten ist aber, welchen Anteil die Wirtschaftspolitik der Regierung an der ökonomischen Erholung Argentiniens besitzt. Kritische Stimmen sagen, die Regierung halte ihre Politik des hohen Inlandskonsums aufrecht, indem sie inzwischen Reserven der

¹¹ La Nación, 19. August 2011.

¹² Die Renten haben sich in den letzten neun Jahren verzehnfacht.

¹³ Hierzu näher die KAS-Studien: „Gasto Público Social en el Presupuesto Nacional: Informe de Ejecución. Primer semestre 2011“, „El Gasto Público Social en el Presupuesto de Prórroga 2011“.

¹⁴ 14,7 Prozent der argentinischen Familien legen am Ende des Monats Geld zurück. Der Rest gibt alles aus.

¹⁵ Unternehmerumfrage des Beratungsunternehmens SEL, 2011.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

BERND LÖHMANN

30. August 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

Zentralbank und der staatlichen Sozialbehörde ANSES heranziehe.¹⁶ Wie sich anhand der hohen Kapitalflucht aus Argentinien zeigt, scheint es eine Furcht davor zu geben, dass die Regierung nach weiteren Finanzierungsquellen – etwa Bankguthaben – Ausschau halten könnte.

Eine Reihe von Ökonomen behauptet, dass es angesichts der Überhitzung der Wirtschaft so wie heute nur noch sechs Monate oder ein Jahr weitergehen könne. Zur Wählerschaft ist diese Nachricht nicht durchgedrungen, oder sie hat sie nicht geglaubt. Offenbar blickte sie auf die eigene wirtschaftliche Lage und nahm diese zum Ausgangspunkt für die Zuversicht, dass sich alles für sie persönlich unter dem politischen Status quo gut weiterentwickeln werde – trotz der bekannten Gegenstände wie Inflation und Kapitalflucht.

Dass es an Zukunftsinvestitionen fehlt, kommt den Argentinern insbesondere dann zu Bewusstsein, wenn die Strom- und Gasversorgung an allzu heißen bzw. allzu kalten Tagen überfordert ist und aussetzt. Aber tiefgehende Zweifel an einem nachhaltigen wirtschaftspolitischen Kurs rufen Ereignisse dieser Art nicht hervor. Unter der leidvollen Erfahrung kurzer Krisenrhythmen scheint der Horizont des Planens und der Vorausschau in Argentinien zusammengeschrumpft zu sein. Unternehmer sagen in Umfragen, dass sie höchstens mit der Perspektive von zwei Jahren in die Zukunft blicken. Bisweilen ist in Argentinien von einem „Cortoplacismo“ die Rede. Mag sein, dass auch die Wahl vom 14. August Ausdruck dieser Haltung ist, die sich schon mit der relativen Stabilität der eigenen Gegenwart zu begnügen scheint.

Der Rückzug auf die naheliegenden und ur-eigenen Interessen könnte letztlich ein Erklärungsmuster für die vermeintlich widersprüchlichen Wahlentscheidungen in den großen Provinzen und der Nation liegen: In Córdoba siegte der Kandidat, der monothe-

matisch die Provinz in den Vordergrund rückte. Mauricio Macri führte in der Hauptstadt einen Wahlkampf, der stark auf die persönliche Ansprache der Bürger setzte. Cristina Fernández de Kirchner gewann, weil sie auf nationaler Ebene die Bürgerwünsche und -interessen am besten zu garantieren schien.

Fraglos wird in der Absicherung der eigenen Lebenssituation ein „konservativer“ Grundzug der Wahlergebnisse deutlich. Er bestätigt sich, wenn man bedenkt, dass in den drei Provinzen wie im Gesamtstaat unabhängig von der ideologischen und parteipolitischen Richtung jeweils der „oficialismo“, also die regierenden Kräfte, den Sieg davon getragen hat. Ohne Amtsbonus reichte das Wählervertrauen offenbar nicht.

Der Einfluss des Weltgeschehens

Der allgemeine Eindruck, dass es Argentinien gut gehe, verdichtete sich in den Vorwochen der Wahlen, als in den Medien abwechselnd über die gewalttätigen Studentenproteste in Chile und die Zerstörungen bei den Ausschreitungen in England berichtet wurde. Möglicherweise waren die intensiven Fernsehbilder mit ausschlaggebend für das Wahlergebnis, das rund fünf Prozent über den Erwartungen lag. Nicht allein, dass die Ereignisse die verbreitete Ansicht relativierten, in Argentinien mangle es an einer staatlichen Antwort auf die chaotische Protestkultur, die insbesondere in der Hauptstadt das öffentliche Leben nicht selten erschwert oder lahmlegt. Nun schien es so, als ob es mit dem Bürgerfrieden auch andersorts nicht besser bestellt wäre. Darüber hinaus gaben die Ereignisse einer Wahrnehmung weiteren Auftrieb, die – angesichts der fast zahlungsunfähigen Vereinigten Staaten und einer von Krise zu Krise stolpernden Europäischen Union – das Vorbild der westlichen Industrienationen zunehmend im Schwinden sieht und meint, dass den „Emergentes“, also den aufstrebenden Schwellenländern wie Argentinien, die Zukunft gehöre.

Mit Blick auf die europäische Schuldenkrise erklärte die Präsidentin wiederholt, die Welt schaue auf das argentinische Beispiel. Vor

¹⁶ Vor einigen Jahren wurden die Einlagen privater Rentenversicherungen zwangsweise an die ANSES überführt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

BERND LÖHMANN

30. August 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

allein das aktuelle griechische Desaster erinnerte die Argentinier in der Tat lebhaft an die schweren Jahre nach dem eigenen Staatsbankrotts 2001 und ließ die argentinische Gegenwart umso mehr in einem hellen Licht erscheinen. Auch dass, wie die Regierung nicht müde wurde zu behaupten, inzwischen nicht mehr die Argentinier in Spanien, sondern die Spanier in Argentinien nach Arbeit suchten, sorgte für Genugtuung und förderte die Überzeugung, selbst auf dem richtigen Wege zu sein.

Für die Proteste gegen die Sparmaßnahmen in Griechenland und Spanien äußerte die Regierung mehrfach Verständnis und konnte sich dabei der Übereinstimmung mit weiten Teilen der argentinischen Öffentlichkeit sicher sein, die beispielsweise gegenüber Forderungen des Weltwährungsfonds reflexhaft kritisch reagiert. Spätestens mit den Krisenerfahrungen 2001/2002 meinte man, wenig Gutes vom internationalen Finanzsystem erwarten zu können. Die seither bestehende Abkopplung des argentinischen Bankensektors von den internationalen Finanzmärkten hat die wirtschaftliche Erholung des Landes nicht verhindert. In Zeiten der weltweiten Finanzkrise erwies sie sich sogar als Vorteil. Zumindest unterschwellig ist so die Überzeugung gewachsen, am besten allein klar zu kommen. Dass Argentinien zurzeit als eines der protektionistischsten Länder weltweit gilt, hat seine Hintergründe. Jedenfalls kann die Regierung auf eine breite Unterstützung zählen, wenn sie in der internationalen Handelspolitik teils rigoros dem Schutz der eigenen Produzenten und des nationalen Konsums Vorrang einräumt.

„Die Wählerstimmen gehören Cristina“

In einer repräsentativen Umfrage sagen 47 Prozent der Wähler, die am 14. August für die Präsidentin gestimmt haben, sie hätten es getan, „weil die Wirtschaft wachse“. 33 Prozent nennen als Grund: „Weil ich Cristina für eine großartige Präsidentin halte.“¹⁷

¹⁷ Umfrage von Doris Capurro, veröffentlicht in „La Nacion“, 21. August 2011. Die Gründe sind demnach:

Die Anhänger Cristina Fernández de Kirchners wehren sich dagegen, den Sieg bei den Testwahlen einseitig auf ökonomische Gründe zurückzuführen. „Die Wählerstimmen gehören Cristina“ („Los votos son de ella.“), sagen sie und haben zumindest teilweise Recht mit dieser Behauptung. Gewiss haben das Image der Präsidentin und ihre Selbstdarstellung keine unbedeutende Rolle gespielt.

Noch vor einem Jahr, im Juli 2010, schien es um die politische Zukunft der Präsidentin nicht allzu gut bestellt zu sein. Nur eine Minderheit der Argentinier sprach sich dafür aus, dass sie oder ihr Gatte, Néstor Kirchner, die Regierung nach Ablauf der Amtsperiode fortsetzen sollten. Zwar deutete sich damals nach dem tiefen Tal der für den Kirchnerismus verlorenen Parlamentswahlen 2009 ein Aufwärtstrend an, doch lagen ihre Zustimmungswerte noch im September 2010 bei 37 Prozent. Erst mit dem Tod Néstor Kirchners am 27. Oktober 2010 kam es zu einem Stimmungsumschwung, der bis zum heutigen Tage anhält. Damals stieg die Präsidentin in Umfragen bei der Wählergunst mit Zuwachssprüngen in Höhe von 20 Prozentpunkten und mehr.

Die Fernsehbilder der trauenden Witwe berührten die Argentinier und erweckten Mitleid und Solidarität. Der sichtbare Schmerz ließ die Präsidentin menschlicher und milder erscheinen. In der Konsequenz änderte sich auch die Wahrnehmung mit Blick auf die Regierung, deren konfrontativer Politikstil besonders auf Wähler aus der Mittelschicht abschreckend gewirkt hatte.

Bis heute zeigt die Präsidentin bei öffentlichen Auftritten Gefühl. Nicht selten lässt sie sich zu Tränen hinreißen. Auf Wahlplakaten erscheint sie tief ergriffen von Zustimmung der ihr zujubelnden Menschen. Stets präsent ist die Erinnerung an Néstor Kirchner, von dem sie weihewoll nur als „él“ spricht. Nach dem plötzlichen Tod des Ehemanns

47 Prozent „Porque la economía está creciendo“; 33 Prozent „Porque Cristina me parece una gran Presidenta.“; 15 Prozent „Porque comparto la ideología del Gobierno“, 5 Prozent „El kirchnerismo no me gusta del todo, pero la oposición es peor.“

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

BERND LÖHMANN

30. August 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

vermittelt sich die Emotionalität der Präsidentin ungekünstelt und echt. Permanent stellt sie in der letzten Zeit auch ihre Mutterrolle heraus. So holte sie bei ihrem triumphalen Auftritt nach der Wahl am Abend des 14. August ihre Tochter Florencia zu sich auf die Bühne. Das Foto der sich umarmenden Mutter und Tochter erreichte die Titelblätter fast aller Zeitungen.¹⁸

Durch die Benennung ihres aktuellen Wirtschaftsministers Amado Boudou zum Kandidaten für das Vizepräsidentenamt rückte die Präsidentin einen jungen und entspannt wirkenden Politiker in ihre unmittelbare Nähe und auf diese Weise der optimistischen Stimmungslage im Land ein Gesicht. Seither tritt er mehr denn je mit Lederjacke und Klampfe öffentlich in Erscheinung. Dagegen traten seine meist bitterernsten Kabinettskollegen, wie der angriffslustige Regierungschef Ánibal Fernández, deutlich in den Hintergrund.

Offenbar hat die Präsidentin registriert, dass die Argentinier der harschen Politikfehden müde waren und sich mehr Konzilianz von ihren Repräsentanten wünschten. So fand sie zuletzt mitunter versöhnliche Worte für ihre politischen Gegner und gab sich demütig, indem sie sogar eigene Fehler einräumte. Besonders staunte Argentinien, als bekannt wurde, dass die Präsidentin Mauricio Macri zu seinem Wahlsieg in der Hauptstadt telefonisch gratuliert hatte. Bei den großen 200-Jahr-Feierlichkeiten der argentinischen Unabhängigkeit ein Jahr zuvor war er noch systematisch von ihr geschnitten worden.

Kommunikationstechnisch scheint die Präsidentin bestens beraten zu sein. Die Niederlagen in den vorhergehenden Provinzwahlen ahnte sie offen voraus. Große Plakatwände, auf denen sie mit den späteren Verlierern zu sehen war, gab es so gut wie nicht. Mit Misserfolgen wollte sie nicht in Verbindung gebracht werden. Die generelle Linie bestand wohl darin, inhaltliche Debatten zu

¹⁸ Mit Bezug auf ein neues Anti-Rauch-Gesetz ließ die Präsidentin die Nation wissen, dass sie durch das Rauchen eine Fehlgeburt hatte. Danach habe sie das Rauchen aufgegeben und die Konsequenz sei der Sohn Máximo gewesen.

vermeiden und den Eindruck zu verfestigen, es laufe doch gut und man konzentriere sich darauf, dafür zu arbeiten, dass es so bleibe.

Ruhiger als in diesem Wahlkampf hat man die politische Auseinandersetzung in Argentinien lange nicht erlebt! Mittelstands-unfreundliches peronistisches Imponiergebaren mit Aufmärschen und Kundgebungen auf den Straßen entfiel. Selbst der Zentralgewerkschaftschef Hugo Moyano, der größte Bürgerschreck innerhalb des kirchnernahen peronistischen Establishments, schien von der Präsidentin in die Schranken gewiesen zu sein. Wohl dosiert und ohne viel Tamtam trat die Präsidentin vorwiegend bei Betriebseröffnungen oder Einweihungen auf, wobei sie ihre Botschaften bei dieser Gelegenheit in ihre kurzen Ansprachen einkleidete. Die Rundfunk- und Fernsehübertragung dieser eigentlich wenig bedeutenden Anlässe war über die „Cadena nacional“ landesweit verpflichtend.

Nicht alles war Berechnung. Es kam hinzu, dass Cristina Fernández de Kirchner in den Augen vieler Argentinier plötzlich auch neben dem im Haushaltsstreit gedemütigten Barack Obama oder den krisengebeutelten europäischen Staatschefs gut da stand. Entscheidend aber wurde ihr Wahlergebnis dadurch begünstigt, dass sich die oppositionellen Kräfte untereinander völlig verkämpften und es nicht fertig brachten, eine chancenreiche Gegenkandidatur aufzubauen. Von daher erklärt sich, dass es in dieser Testwahl eigentlich keinen Zweiten gab: Cristina steht allein, das übrige Bewerberfeld rangiert unter „ferner liefern“.

Schwache Opposition

Mit Sicherheit sind die Wahlkampfbedingungen der oppositionellen Bewerber nicht günstig gewesen. Zum Beispiel schränkt eine Wahlreform ihre Fähigkeiten zur massenwirksamen Kampagnenführung erheblich ein, während der Regierung etwa über die staatlichen Fernsehsender alle Möglichkeiten offenstehen, ihre Botschaften zu platzieren. Dass bei den Provinzwahlen in Buenos Aires, Santa Fe und Córdoba ebenso wie bei den nationalen Primärwahlen der jeweilige „Oficialismo“ siegreich blieb, hat auch damit

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

BERND LÖHMANN

30. August 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

zu tun, dass er auf staatliche Mittel und Apparate zurückgreifen kann, die bisweilen ohne große Skrupel wahlkampfrelevant eingesetzt werden.

Nie fand die Opposition ein Mittel, die Präsidentin in Verlegenheit zu bringen. Als Witwe war sie fast unangreifbar. Auch würde man sich keine Freunde in der Wählerschaft gemacht haben, wenn man beispielsweise die Abkühlung der Wirtschaft und des Konsums vorgeschlagen hätte.

Doch war es nicht die Asymmetrie der Ressourcen und die unterschiedliche Ausgangslage, die am 14. August zum Knock-out an den Urnen führten. Vielmehr verzettelten sich die oppositionellen Kräfte in Machthänden. Besonders die Kandidatenauswahl geriet teilweise zum Debakel. Kurzfristig aus der Taufe gehobene Wahlbündnisse brachten zwar neue politische Partner zusammen, ließen aber die politischen Freunde von gestern außen vor. Kandidaten mit passablen Umfragewerten wie Mauricio Macri stiegen entnervt aus dem Präsidentschaftsrennen aus. Zum Schluss erschien die Opposition uneiniger und zerstückelter denn je. Die Wähler durchschauten das Durcheinander nicht mehr und wandten sich ermüdet ab. Dabei hatten sie noch bei den Kongresswahlen 2009 den oppositionellen Kräften mehrheitlich ihr Vertrauen geschenkt.¹⁹

Das Kandidatentableau, das am Ende herauskam, löste kaum Siegeszuversicht aus. Als Hauptrivale Cristina de Kirchners aus dem Peronismus galt Eduardo Duhalde. Es erhöhte seine Chancen nicht, dass neben ihm Alberto Rodríguez Saá antrat und um dieselbe Wählerklientel buhlte. Die Kampagne Duhaldes, die stark auf die Leistungen seiner früheren Präsidentschaft in der Krisenzeit abhob, wirkte auf manchen leicht gestrig und wollte nicht recht passen in ein konsumfröhliches Argentinien, das sich nichts mehr wünscht, als die Krise von einst endlich hinter sich zu lassen. Schwerwiegender waren aber die ihm angelasteten

Affären, die Eduardo Duhalde für viele Argentinern nur mit Bedenken oder gar nicht wählbar machen.

Ricardo Alfonsín gilt vielen dagegen als zu wohlmeinend und zu wenig energisch und machterprobt, um dem konfliktsträchtigen Land zuverlässig die Richtung weisen zu können. Der Vorwurf der Schwäche und Unerfahrenheit wiegt schwer bei einem Kandidaten der UCR, der vorgehalten wird, in der Präsidentschaft nie eine Amtsperiode zu Ende geführt zu haben. Das Bild des 2001 im Hubschrauber aus dem Präsidentenpalast flüchtenden Fernando de la Rúa steht den Argentinern vor Augen und ist bis heute das unverlöschene Menetekel der radikalen Partei.

Alfonsín wagte Neues, als er mit Francisco de Narváez²⁰ ein Wahlbündnis einging, das mit Blick auf Wähler in der gesellschaftlichen Mitte die traditionelle Kulturgrenze zwischen Peronismus und Radikalismus zu überwinden trachtete. In anderen Zeiten hätte darin eine staatsmännische Tat liegen können, doch solange sich die Bürger als Peronisten oder Nicht-Peronisten definieren, ruft ein solches parteipolitisches Mischwesen wohl eher Befremdung hervor.

Den Weg richtungsmäßiger Klarheit wählte dagegen Hermes Binner, der wegen der Annäherung an de Narváez nicht mit Alfonsín zu einer Übereinkunft gefunden hatte und schließlich an der Spitze eines eigenen linken Wahlbündnisses (Sozialistische Partei, die Regionalparteien GEN aus Buenos Aires und Partido Nuevo aus Córdoba sowie einige Kleinparteien) antrat. Angesichts der niedrigeren Erwartungen wurde das Wahlergebnis Binnners nicht als Niederlage begriffen, zumal der Gouverneur erst nach den Wahlen in seiner Heimatprovinz Santa Fe in den

²⁰ Nationaler Abgeordneter. 2009 trat er im Wahlkampf um das Abgeordnetenmandat gegen Néstor Kirchner an und siegte spektakulär. Er galt darauf hin als möglicher Präsidentschaftskandidat, was aber seine Geburt in Kolumbien nicht zuließ. Gegenwärtig tritt er auf einer gemeinsamen Liste mit Alfonsín für das Amt des Gouverneurs der Provinz Buenos Aires an.

¹⁹ 2009 war es gelungen, die Wahlplattform der Regierung „Frente para la Victoria“ auf 31 Prozent der Stimmen zurückzudrängen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ARGENTINIEN

BERND LÖHMANN

30. August 2011

www.kas.de/argentinien

www.kas.de

Präsidentschaftswahlkampf eingriff. Der zuvor nur 40 Prozent der Argentinier bekannte Binner hat sich nun auf nationaler Ebene etabliert.

Von Anfang an wurden der Zweitplatzierten von 2007, Elisa Carrió, nur Außenseiterchancen eingeräumt. Aber dass er für sie so schlimm ausgehen würde, hatten nur wenige erwartet. Ihr Wahlkampfthema war die Ethik in der Politik, „Vote limpio“ („Wähle sauber“) hieß der Slogan ihrer Partei. Allerdings schreckte der selbstgerechte Diskurs Carriós ab. Nicht Wenigen erschien sie als „Ruferin in der Wüste“.

60 Tage bis zum Wahltag

Rund 60 Tage liegen zwischen den Vorwahlen und den allgemeinen Wahlen am 23. Oktober – nicht viel Zeit, um sich in der Opposition die Wunden zu lecken. An Spielräumen zu reagieren, fehlt es hingegen noch mehr. Die Präsidentschaftsbewerber können sich nicht zurückziehen, ohne die Wahlchancen ihrer Parteifreunde auf allen politischen Ebenen deutlich zu schmälern. Das liegt daran, dass man in Argentinien mit bereitliegenden Wahlzetteln abstimmt, auf denen vom Präsidentschafts-, über den Gouverneurs-, den nationalen und provinziellen Abgeordneten- bis hin zu den Bürgermeister- und Ratsherrnkandidaten alle Bewerber eines Wahlbündnisses aufgeführt sind. Wer keinen Präsidentschaftskandidaten hat, ist schlecht daran, denn er muss darauf hoffen, dass sich die Wähler eine Schere ins Wahllokal mitbringen, bei einer anderen Liste oben den Namen des Präsidentschaftsbewerbers abschneiden und schließlich dieses abgeschnittene Stück Papier mit der eigenen Liste in den Wahlumschlag stecken. Leicht nachvollziehbar ist, dass viele Wähler diese lästige und undurchsichtige Prozedur nicht auf sich nehmen.²¹

²¹ Manche Wähler besorgen sich die Wahlscheine vorher in den jeweiligen Parteibüros und schneiden sich die Zettel zu Hause zurecht. So ausgerüstet, geht man ins Wahllokal und steckt die Papierstücke in den Umschlag. Da bisweilen in den Wahllokalen die Wahlzettel fehlen, besteht darin eine Methode sich absichern.

Trotz erster Auflösungserscheinungen in den eigenen Reihen bleibt zumindest Duhalde und Alfonsín daher wohl nur ein „Augen zu und durch.“ Als schmerzlich könnte sich für sie zudem erweisen, dass sich enttäuschte Anhänger oder Wähler, die bei den Vorwahlen aus taktischen Gründen für sie abgestimmt haben, am 23. Oktober von ihnen abwenden könnten. Es ist gut möglich, dass der nicht beschädigte Hermes Binner, vielleicht auch Alberto Rodríguez Saá davon profitieren.

Cristina Fernández de Kirchner sieht vorerst keinen Korrekturbedarf. Die nationale Linie ihrer Politik setzte sie in diesen Tagen mit einer Gesetzesinitiative fort, die den Verkauf argentinischer Ländereien an Ausländer eingrenzen soll. Für die Mindestlohnempfänger gab es die gute Nachricht, dass sie mit einem 25-prozentigen Plus rechnen können. Weiterhin spielt ihr die internationale Situation in die Hände: Ist das, was die Studenten in Chile für sich einfordern, nicht genau das, was in Argentinien schon längst Realität ist?

Für die meisten sind die Messen gesungen. Einst kritische Unternehmerverbände suchen mehr Nähe zur Präsidentin. Der organisierte Campo überdenkt seine Haltung. Nationale Abgeordnete aus dem Block des dissidenten Peronismus sind versucht, auf die Bänke des Regierungslagers zu wechseln. Wer will schon, noch dazu im Peronismus, zu den Verlierern gehören?

Für die oppositionellen Gruppen könnte es am 23. Oktober noch schlimmer kommen. Schon eine Wiederholung der Ergebnisse vom 14. August hätte zur Konsequenz, dass im Abgeordnetenhaus die oppositionelle Mehrheit feile. Der Kongress gehörte dann wieder den Anhängern der Präsidentin. Nur wenige Unbeirrt fragen, ob die Wähler die sich abzeichnende einsame politische und gesellschaftliche Hegemonie des Kirchnerismus wirklich zulassen werden. Viel mehr spricht derzeit dafür als dagegen. Ein vergleichbarer Sieg am 23. Oktober wäre ein Triumph, der nicht überraschend bliebe.